

Zwiespältiges kommunistisches "Konzil"

Autor(en): **Fabius**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 4: **Schriftsteller und Politik**

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162284>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ZWIESPÄLTIGES KOMMUNISTISCHES « KONZIL »

Die « weltkommunistische » Gipfelkonferenz, um deren Zustandekommen die Sowjetführung sich seit Jahren bemüht hatte, ist in Moskau am 17. Juni nach zwölf-tägiger Dauer mit der Unterzeichnung eines wenig spektakulären *Hauptdokumentes* zu Ende gegangen. Die wortreiche Erklärung enthält wenig neues; sie verdient es, eher als Produkt agitatorischer Propaganda denn als Politikum eingestuft zu werden. Schon der *Titel* des Dokumentes ist charakteristisch; er heisst: « Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Epoche und die Aktionseinheit der kommunistischen Parteien und aller antiimperialistischen Kräfte. » Auf den gemeinsamen Nenner des « Antiimperialismus » haben sich die meisten der in Moskau vertretenen Parteien bringen lassen, aber selbst hier wurde keine volle Einigkeit erzielt. Nur 66 der 73 anwesenden Parteien haben das Grundsatzdokument unterzeichnet, von denen fünf Vorbehalte angemeldet haben. Vier Delegationen beschränkten sich auf die Unterzeichnung eines einzigen Kapitels, eine Partei, die dominikanische, hat die Unterschrift überhaupt verweigert – ihr ist die Linie Moskaus offensichtlich nicht revolutionär genug.

Erfolg oder Misserfolg?

Sucht man die Ergebnisse der Konferenz gesamthaft zu analysieren, so steht wohl zunächst die Überlegung im Vordergrund, dass Moskau es als Erfolg für sich beanspruchen kann, dass das Treffen überhaupt zustande gekommen ist. Im vergangenen Sommer, nach der *Invasion der Tschechoslowakei* durch die Truppen des Warschauer Paktes, hatte es so ausgesehen, als ob damit auch die Weltkonferenz *ad calendas graecas* vertagt worden sei. Dem beharrlichen Drängen des Kremls ist es jedoch gelungen, die Widerstände zu überwinden und die Vertreter der « Weltbewegung des

Kommunismus » an einem Tisch zu versammeln.

Dieser positive Aspekt enthält freilich einige recht bedeutende Einschränkungen. Im Georgssaal des Kremls, wo die Konferenz tagte, waren einige bemerkenswerte Lücken zu verzeichnen. So fehlten selbstverständlich die Chinesen, es fehlten die Albaner, die Nordvietnamesen und die Nordkoreaner. Auch Jugoslawien war nicht anwesend, und die Kubaner liessen sich lediglich durch einen Beobachter vertreten. Mit andern Worten: alle regierenden kommunistischen Parteien jener Länder, die nicht unmittelbar dem Griff Moskaus ausgesetzt sind, haben sich durch ihr Nichterscheinen von vornherein von der Moskauer Konferenz distanziert. Es fehlte aber auch eine so grosse Partei wie die japanische KP, und die Italiener – zahlenmässig die stärkste nichtregierende kommunistische Partei – hat sich geweigert, das Hauptdokument im vollen Umfang zu akzeptieren.

Das Bild einer aufgelockerten Front wird vervollständigt durch den Verlauf der Gipfeltagung. Zum Thema China hat sich der rumänische Staats- und Parteichef *Ceausescu* in unmissverständlichen Worten geäussert und sich scharf gegen jede Verurteilung Pekings durch das kommunistische « Konzil » gewandt. Im Schlussdokument ist denn auch kein Wort über die chinesische Frage zu finden, obwohl sie heute ohne Zweifel das Zentralproblem der kommunistischen Weltbewegung ist. Für Moskau hatte die Weltkonferenz vor allem den Zweck, eine geschlossene Front der kommunistischen Parteien gegenüber China zu schaffen. Dieses Ziel, so kann man jetzt schon feststellen, ist nicht erreicht worden. Die « gelbe Gefahr » bedroht weiterhin den Führungsanspruch des Kremls innerhalb des Kommunismus.

Gegenüber dieser ständigen akuten Drohung wiegt die Tatsache nur wenig, dass es den Sowjets offensichtlich gelungen ist, den Reformkurs der Prager

Führung endgültig oder doch weitgehend zu stoppen. Husaks Bekenntnis zu Moskau kann jedoch niemanden darüber hinwegtäuschen, dass dieses Einschwenken auf die sowjetische Linie das Ergebnis einer Politik der allerschwersten Pression ist. Die schönen Worte, mit denen sich das Grundsatzdokument gegen die Gefahren des Imperialismus wendet, klingen deshalb wie Hohn, passen sie doch uneingeschränkt auf das sowjetische Vorgehen gegenüber der nach einem eigenen Weg suchenden Tschechoslowakei. Auch der Passus über die Beziehungen zwischen den «Bruderparteien», denen «proletarischer Internationalismus, Solidarität und gegenseitige Hilfe, Respekt für die Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichheit und Nichteinmischung» zugesichert wird, ist kaum mehr als pure Heuchelei. In nur schwach verklausulierter Form wird in dem Grundsatzdokument die *Breschnew-Doktrin* kodifiziert, wenn gesagt wird, dass es zu den Pflichten der Kommunisten gehöre, den Sozialismus zu verteidigen und der Gegenrevolution, die die Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht zu unterminieren suche, die gebührende Antwort zu geben.

Abbau der amerikanischen Truppenbestände in Vietnam

Während die Sowjetunion auf der Moskauer Konferenz versuchte, der Desintegrationstendenzen Herr zu werden, die ihr Imperium und die kommunistische Bewegung in der ganzen Welt erschüttern, haben die Vereinigten Staaten einen Schritt in Richtung auf einen Abbau ihrer Streitkräfte in *Vietnam* getan. Präsident Nixon ist mit dem südvietnamesischen Staatsoberhaupt *Thieu* auf der Midway-Insel im Pazifik zusammengetroffen. Ergebnis des Besuches war die Ankündigung des vorläufigen Abzuges von 25000 Mann amerikanischer Truppen aus Südvietnam. Es scheint sich dabei um einen *Kompromiss* zu handeln, nachdem unmittelbar vor Nixons Flug nach Midway in Washington

von einem grösseren Truppenkontingent die Rede gewesen war, das aus Vietnam hätte zurückgerufen werden sollen.

Mit seiner Entscheidung hat Nixon einem Ruf nachgegeben, der in den Wochen der *Wahlkampagne* vom vergangenen Herbst immer lauter geworden war. Neue Initiativen im Vietnamkonflikt im Sinne eines Abbaues des amerikanischen Engagements waren damals Schlagworte der innenpolitischen Auseinandersetzung. Nixon hat sich aus diesen Querelen vorsichtig herausgehalten und sich auf nichts festgelegt, um als Präsident freie Hand zu behalten. Es war ihm bewusst, wie schwierig und komplex das Vietnamproblem ist und dass jede Ankündigung von Vorleistungen «kontraproduktiv» zu wirken droht, indem sie die Haltung der Gegenseite nur versteift.

Harter Kurs der Kommunisten

Diesen zurückhaltenden Kurs hat Nixon auch während der ersten Monate seiner Administration beibehalten. Wenn er nun von ihm abgewichen ist, so wohl deshalb, weil er sich in die Lage versetzt glaubte, eine konkrete Geste tun zu müssen. Es gibt gar keinen Zweifel darüber, dass ihm von kommunistischer Seite bisher nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt worden ist. Fast gleichzeitig mit der Ankündigung des Rückzuges eines amerikanischen Truppenkontingentes hat sich in Südvietnam eine «Gegenregierung» der «Nationalen Befreiungsfront», das heisst des *Vietcong*, etabliert, die von den kommunistischen Staaten prompt anerkannt worden ist.

Diese Taktik im Ringen um Vietnam lässt wenig Hoffnungen auf eine baldige Lösung des Konfliktes zu. Einer elastischen Politik der Vereinigten Staaten in Südostasien sind *Grenzen* gesetzt. Wenn auf der Gegenseite nicht das Gespür dafür vorhanden ist, wie weit man in der Konfrontation mit Amerika gehen kann, dürfte sich auch in Washington die Stimmung wieder verhärten. Einen bedingungslosen Abzug aus Vietnam können sich die USA

nicht leisten, wenn sie nicht riskieren wollen, dass das ganze Gebäude ihres Verteidigungssystems in Asien zusammenstürzt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass unter diesen Umständen ein Friede in Vietnam und eine Befriedung dieses Gefahrenherdes noch immer in weiter Ferne liegen.

Von de Gaulle zu Pompidou

Das französische Volk hat ein neues Blatt in seiner Geschichte aufgeschlagen. Am 15. Juni ist im zweiten Wahlgang der frühere Premierminister *Georges Pompidou* zum neuen Präsidenten der Republik gewählt worden. Der Wahlausgang war keine Überraschung. Pompidou, einst treuer Gefolgsmann de Gaulles, verkörperte Kontinuität und Stabilität in einem. Auch wenn man die Wahlsituation skeptisch beurteilt, weil die Linke sich abseits hielt und Poher keine klare Alternative zum Gaullismus war, wird man das Ergebnis vom 15. Juni (wie auch den ersten Wahlgang vierzehn Tage zuvor) als ein Bekenntnis Frankreichs zu der Regierungsform interpretieren dürfen, die ihm in den vergangenen elf Jahren von General de Gaulle vorexerziert worden ist.

Man wird sich lediglich die Frage zu stellen haben, ob Pompidou in den Mantel passen wird, den de Gaulle für sich in der Präsidialverfassung zurechtgeschneidert hat. Die halbautoritäre Regierungsform des Generals, dessen Autorität auf seinem *Charisma* beruhte, ist nicht ohne weiteres auf einen Nachfolger übertragbar. Pompidou hat zwar vergangenes Jahr gezeigt, dass er in der Lage ist, schwierige innenpolitische Situationen zu meistern. Er hat im Mai 1968 den Revolutionären der Strasse zunächst die Stirn geboten, während der Präsident in Rumänien nebulösen Zielen nachreiste. Aber zwischen den Per-

sönlichkeiten de Gaulles und Pompidous stehen Welten, und das Experiment eines Gaullismus ohne de Gaulle hat erst seine Probe zu bestehen.

Hoffnungen und Spekulationen

Der Wechsel an der Spitze Frankreichs hat weitherum Hoffnungen geweckt, dass nun eine neue Epoche in der französischen Aussenpolitik anbrechen werde. Vor allem in jenen europäischen Ländern, in denen eine Erweiterung des Gemeinsamen Marktes durch die Aufnahme Grossbritanniens befürwortet wird, spekuliert man – wenn auch in vorsichtiger und zurückhaltender Weise – auf einen Kurswechsel. Konkrete Symptome dafür sind freilich nicht vorhanden, und es scheint auch nicht wahrscheinlich, dass in dieser Frage in absehbarer Zeit Pompidou das Steuer um 180 Grad herumwerfen wird. Auch in Washington richtet man sich darauf ein, dass in der atlantischen Politik Pompidou zum Fortsetzer der Linie de Gaulles wird. Die Administration Nixon hat sich in europäischen Fragen auf eine *Verständigung mit Frankreich* eingerichtet, und es hat nicht den Anschein, als ob die Beraterteams im Weissen Haus und im Staatsdepartement von diesem Kurs abzuweichen gewillt wären. Aber man kann doch nicht verkennen, dass sich überall – in Europa wie jenseits des Atlantik – die geheime Hoffnung breit macht, mit dem Ausscheiden des Generals werde ein etwas konzilianterer Geist in Paris Einzug halten. Ob das zutrifft und ob ein Präsident Pompidou im Elysée bereits eine Abkehr von der einzelgängerischen Politik Frankreichs bedeutet, bleibt abzuwarten. In der Ära de Gaulle sind manche Weichen in einer Weise gestellt worden, die einen neuen Kurs erschweren, wenn nicht überhaupt verunmöglichen.

Fabius